

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

MIT GANZER KRAFT FÜR BREMEN



**UNSERE
AUFGABEN**



**KITAPLÄTZE
UND
SCHULE**



**BEZAHL-
BARES
WOHNEN**



**MEHR
SICHERHEIT**



**GUTE
ARBEIT**



**NEUE
PERSPEK-
TIVEN**

VIEL ERREICHT – VIEL VOR

Halbzeit der Legislatur im Land Bremen – Anlass für Rückblick und Ausblick

Von Sascha Karolin Aulepp, Landesvorsitzende

Unser größter Erfolg ist es, dass die Finanzen Bremens ab 2020 dauerhaft abgesichert sind. Wir werden ab 2020 487 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich bekommen. Das ist eine gute Grundlage. Anders als die CDU propagiert, wollen wir dieses zusätzliche Geld nicht ausschließlich in den Schuldenabbau stecken. Wir wollen das Geld auch dafür einsetzen, Arbeitsplätze zu schaffen. Und dafür, Bremen und Bremerhaven als gute Lebens-, Arbeits- und Wohnorte zu erhalten und aufzuwerten.

Zudem konnten wir vielen Menschen ein neues Zuhause bieten, die auf der Flucht vor Terror, Verfolgung und Krieg bei uns Schutz suchten. Diese große Herausforderung zu meistern, war nur möglich durch die Hilfe von vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Bei

ihnen möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Auch unsere Behörden haben dabei Großartiges geleistet.

Nur ein Beispiel: Die Schulen mussten 4.700 zusätzliche Kinder aufnehmen – das war und ist nicht immer einfach, aber es ist gelungen. Auch darauf können wir stolz sein. Damit das auch weiterhin gelingt, brauchen wir auch einen finanziellen Schwerpunkt in diesem Bereich. Dabei darf es nicht nur um die Schaffung neuer Plätze gehen, wir brauchen auch eine qualitative Verstärkung, insbesondere in den Bildungseinrichtungen mit besonderen Problemlagen.

Bremen wächst und wir brauchen Wohnungen. Bei der erfolgreichen Bewältigung des Wohnungsbaus spielen Gewoba und Stäwog eine wichtige Rolle. Wir wollen deutlich mehr als 2.000

Wohneinheiten jährlich zusätzlich bauen. Und dabei geht es auch um bezahlbaren Wohnraum. Mindestens 25 Prozent davon sollen sozialer Wohnungsbau sein.

Und last but not least geht es auch um Innere Sicherheit. Wir wollen weiter in die Sicherheit der Bremerinnen und Bremer investieren. 130 zusätzliche Stellen bei der Polizei und 5,5 Millionen Euro für eine bessere Ausrüstung sprechen für sich. Die Kontaktpolizisten bleiben uns erhalten und sind somit weiter Ansprechpartner im Quartier.

Bildung, Arbeit, Sicherheit und Wohnen sind und bleiben die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit. Wir treten dafür ein, dass Bremen und Bremerhaven sozial gerechte Städte sind – für alle Menschen, die hier leben! ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Karen Schuster.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

NACH VORNE DENKEN: SOZIALER ZUSAMMENHALT

Die Bundestagswahl am 24. September 2017 ist eine Richtungsentscheidung. Zwischen einer Gesellschaft, die sich zunehmend individualisiert und einer, die den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt. Um die Voraussetzungen für mehr Zusammenhalt zu schaffen, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vieles erkämpft - teils gegen den erbitterten Widerstand der Union. Der Mindestlohn war ein erster Schritt, um Lohndumping zu beenden, die Menschen können nach einem langen Arbeitsleben mit 63 in Rente gehen und die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen macht Fortschritte. Im Finanzausschuss des Bundestages habe ich mich dafür eingesetzt, dass alle das Recht auf ein Konto haben, Kleinanleger besser vor riskanten Produkten geschützt werden und wir die Betriebsrenten für Menschen mit geringem Einkommen stärken.

„Wir müssen die sachgrundlose Befristung abschaffen und brauchen eine Solidarrente.“

Wir könnten aber viel weiter sein. Bei entscheidenden Themen wie der Begrenzung von Managergehältern, einer Finanztransaktionssteuer, dem Verbot sachgrundloser Befristung, dem Rückkehrrecht von Teilzeit auf die vorherige Vollzeitstelle, einem Einwanderungsgesetz oder der Ehe für alle blockiert die CDU/CSU. Das zeigt nicht nur, dass gesellschaftlicher Fortschritt mit der Union nicht machbar ist, sondern eben auch: Mehr Gerechtig-

keit wird es nur mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung geben.

Natürlich hätten wir uns bei den Landtagswahlen andere Ergebnisse gewünscht, nun heißt es „jetzt erst recht!“. Die SPD hat auf dem Bundesparteitag ein Regierungsprogramm mit klaren Positionen beschlossen. Wir treten bei der Wahl für eine Gesellschaft an, in der alle die gleiche Chance haben, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Dazu gehört gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen. Die Rente muss ein gutes Leben im Alter ermöglichen und verhindern, dass Menschen auf Grundsicherung angewiesen sind, die ein Leben lang gearbeitet haben. Innovationen gelingen nur, wenn wir in Bildung, Forschung und unsere Infrastruktur investieren. Wir müssen junge Firmen fördern und unsere Wirtschaft fit für die Digitalisierung machen.

Spitzenverdiener und Erben müssen stärker in die Verantwortung gezogen werden, ihren Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Wir wollen dafür sorgen, dass in unserem reichen Land jede und jeder angemessenen, bezahlbaren Wohnraum bekommt. Dafür müssen wir in sozialen Wohnungsbau investieren und steigende Mieten durch eine Mietpreisbremse begrenzen, die diesen Namen verdient.

„Mehr Investitionen sind die Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt.“

Haushaltsüberschüsse müssen wir heute in die Zukunft investieren: in gebührenfreie Bildung, Schulsozialarbeit, Wohnungsbau, Integrationsarbeit und öffentliche Sicherheit. Der Bund muss den Ländern und Kommunen für die Bewältigung ihrer Aufgaben ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. Die SPD macht Politik für lebenswerte und leistungsstarke Kommunen, denn Gerechtigkeit beginnt im Quartier.

„Der Bund muss Vermögen fair verteilen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen sichern.“

Lasst uns zusammen die Menschen in Bremen von unseren Vorstellungen und Ideen überzeugen. Ob beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf, am Infostand oder bei den Aktionen in den nächsten Wochen. Meldet Euch in Eurem Ortsverein oder in meinem Büro. Ich will gemeinsam mit Euch den Wahlkreis gewinnen, und dazu beitragen, dass die SPD stärkste Kraft wird. Denn nur mit einer starken SPD wird dieses Land gerechter! ■



MITMACHEN & WEITERSAGEN

Lasst uns gemeinsam die SPD wieder zur stärksten Kraft in Bremen machen. Seid dabei in der heißen Wahlkampfphase!

KONTAKT:

Büro Bremen
Sarah Ryglewski
Oberstr. 39-43
28195 Bremen

Ansprechpartnerin: Gisela Waltemathe
Tel: 0421 / 350 18 25
sarah.ryglewski@spd-bremen.de

TERMINE:

- Polit-Schnack mit Grillen am Osterdeich: Freitag, 30. Juni, 19 Uhr, Wiese beim Bürgerhaus Weserterrassen
- Summer BBQ der SPD-Ortsvereine im Bremer Nordosten: Samstag, 5. August, 18:30 Uhr, Zum Platzhirsch, Kuhgrabenweg 30
- Politschnack im Kleingartenverein Neue Vahr: Sonntag, 6. August, 11-14 Uhr, Wilhelm-Liebcknecht-Str. 38
- Politschoppen: Sonntag, 13. August, 11-13 Uhr, Arberger Hof, Arberger Heerstraße 78
- Frauenstadtrundgang ASF: Dienstag, 15. August, 18 Uhr, Treffpunkt in der Bremer City, Ort wird auf meiner Homepage bekannt gegeben.
- Politschnack in Osterholz: Mittwoch, 16. August, 15-17 Uhr, Café Gabriely, Tenever, Otto-Brenner-Allee 44
- Sommerfest der AG 60+ „Grillen mit Politik“: Donnerstag, 17. August, 15 Uhr, Ort wird auf meiner Homepage bekannt gegeben.
- „Ausbildungs- und Arbeitswelt junger Menschen“ Diskussionsveranstaltung der Jusos Bremen: Dienstag, 29. August, 19 Uhr, Freizi Findorff, Neukirchstraße 23a

Weitere Termine & Newsletterabo unter www.sarah-ryglewski.de



BUNDESPOLITISCHE STANDPUNKTE – WAS IHR VON MIR ERWARTEN KÖNNT

Sozialdemokratische Ideen sind nötiger denn je

In der letzten Ausgabe des vorwärts hatte ich angekündigt, dass ich an dieser Stelle noch deutlich machen möchte, was ihr von mir erwarten könnt. Ich habe in den vergangenen Jahren politische Erfahrungen auf Kommunal- und Landesebene sammeln dürfen, nun kandidiere ich für ein bundespolitisches Amt und möchte euch meine Positionen zu verschiedenen Themen mitteilen. In den vergangenen Wochen wurde ich an Infoständen und auf Veranstaltungen bereits auf unterschiedliche, bundespolitische Fragestellungen angesprochen. Zur Übersicht habe ich hier einige, häufig angesprochenen Themen zusammengefasst:

Thema Geflüchtete – Ist das Boot voll?

Die Entmenschlichung der zu uns Geflüchteten durch Phrasen wie „Flüchtlingswelle“, „Flüchtlingssturm“ oder auch der Frage danach, „ob das Boot voll sei“ zeugt bereits von einem hohen Grad an Verrohung. Wir sprechen hier nicht von Naturkatastrophen, sondern von Menschen, die vor Krieg und Gewalt aus ihrer Heimat geflohen sind. Dies im Hinterkopf, finde ich es großartig, was die vielen Haupt- und vor allem Ehrenamtlichen seitdem geschafft haben – Darauf müssen wir stolz sein, daran müssen wir festhalten. Der eigentliche Kraftakt, die Integration, folgt jetzt. Hier ist es Aufgabe des Bundes, den Ländern und Kommunen die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um Sprachkurse anzubieten, aber auch, um die nun benötigten zusätzlichen Krippen-, Kita- und Schulplätze bereitzustellen und Mittel, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Thema Hartz IV – Was muss geändert werden?

Für mich steht fest, wir müssen die Fehler der Arbeitsmarktreform korrigieren – darüber zu reden reicht nicht. Aufgabe von Politik muss es sein, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass arbeitslos gewordenen Menschen schnellstmöglich wieder eine Arbeit finden und nicht das Vorhalten eines willkürlichen Sanktionierungsapparates, welcher vor allem dazu dient, den Benchmark-Score der verschiedenen Arbeitsagenturen zu verbessern. Die Sanktionen bei Hartz IV gehören für mich genauso auf den Prüfstand, wie die Staffelung der Kinderbeträge: Es ist eine sozialpolitische Schande, dass uns Kinder unterschiedlich viel wert sind. Jeder der

selbst Kinder hat weiß, dass gerade bei kleinen Kindern oft unvorhersehbare Kosten anfallen: Windeln und Babynahrung sind teuer und neue Kleidung und Schuhe passen nur wenige Monate.

Thema Sicherheit – Brauchen wir die Bundeswehr im Inneren?

Notstandssituationen nach Amokläufen oder Terroranschlägen sollten nicht jedes Mal zu einer Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr im Inland führen. Die Tatsache, dass die Diskussion im politischen Diskurs ansonsten nicht geführt wird, sagt doch viel über die Dringlichkeit des Themas aus. Wir müssen die Polizeikräfte des Bundes und der Länder durch eine verbesserte Ausrüstung und durch eine verbesserte Personalsituation in die Lage versetzen, auch mit Extremsituationen wie nach einem Terroranschlag umzugehen. Den möglichen Einsatz der Bundeswehr in Katastrophenfällen oder bei einem inneren Notstand regelt im Übrigen seit jeher das Grundgesetz, hier bedarf es also keiner neuen Gesetze oder Regelungen.

Thema Finanzen – Brauchen wir die „Schwarze Null“?

Die vom derzeitigen Finanzminister gefeierte „Schwarze Null“ ist teuer erkaufte. Zeit meines Lebens hat die Bundesrepublik, haben die Länder und Kommunen Schulden gemacht, um Aufgaben finanzieren zu können, um Infrastrukturprojekte umzusetzen. Es ist nichts falsch daran, wenn Bund und Länder Schulden aufnehmen, man kann die föderalen Ebenen unseres Landes nicht mit normalen Haushalten vergleichen. Meiner Tochter und den anderen jungen Menschen wird nun gesagt, dass die angehäuften Schulden schlecht sind, dass man mit dem Geld auskommen solle und zusätzlich mit dem Abbau der Schulden begonnen werde müsse. Das ist zynisch in einem Maßstab, der selbst für Politiker wie unseren Bundesfinanzminister neu ist. Natürlich muss immer auf die Einnahme- und Ausgabe Seite geschaut werden. Vernünftiges Haushalten ist wichtig, wir dürfen der jungen Generation nun aber nicht oberlehrerhaft vorschreiben, was sie zu tun und was sie zu lassen hat. In Berlin klopft sich die Union für die „Schwarze Null“ auf die Schultern und währenddessen zerfällt die Infrastruktur vielerorts. Egal ob Brücken, Straßen, Bahntrassen, Schulen

und Schwimmbäder – der angelaufene Investitionsstau entwickelt sich bereits zu einem Bumerang. Der Verbrauch der Infrastruktur ist langfristig teurer, als jetzt auf Investitionen zu verzichten. Im Interesse der jungen Menschen in unserem Land, brauchen wir auch heute Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur. Die Rahmenbedingungen hierfür sind ideal: Die derzeitige Zinspolitik der EZB eröffnet uns hier Möglichkeiten, von der jeder Hausbesitzer nur träumen könnte.

Thema Bildung – Ist das Kooperationsverbot noch zeitgemäß?

Die stückweise Abschaffung des Kooperationsverbots im Hochschulwesen ist richtig und wichtig. Auch im Bereich Krippe, Kita und Schule müssen wir mittelfristig zu Regelungen kommen, die den Bund finanziell stärker mit einbindet. Die Planung und Umsetzung der Betreuungs- und Bildungsangebote muss bei den Ländern und Kommunen verbleiben: Keine Bundesbehörde könnte dies, abzielend auf die unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort, leisten. Einmalig aufgelegte Sonderprogramme, beispielsweise zum Bau neuer Krippen und Kitas sind nicht zielführend. Es bedarf einer festgeschriebenen Unterstützung des Bundes in diesen Bereichen, damit Bildung von der Krippe, über die Kita, die Schule, die Hochschule und im Beruf kostenfrei für alle wird. Wie genau eine solche Förderung aussehen kann, muss offen diskutiert werden – Die Politik kann, in Zeiten leerer Kommunal- und Landeskassen, nicht mehr glaubhaft erklären, wieso der Bund sich aus den Betreuungs- und Bildungsaufgaben wie in jetziger Form heraushält.

Thema Infrastruktur – Muss der Bund sich stärker engagieren?

Der Exportweltmeister Deutschland lebt davon, dass die hier produzierten Waren über die Straßen und Schienen zu unseren direkten Nachbarn und über die Seehäfen in die ganze Welt exportiert werden. Ich finde, der Bund muss die Länder bei der Finanzierung der Hafeninfrastruktur vor Ort und der Hinterlandanbindung unterstützen. Es kann nicht sein, dass Bremen, Hamburg und Niedersachsen die großen Seehäfen vorhalten, über welche die ganze Republik ihre Waren verschifft. Allein die Instandhaltung der Hafenanlagen im Land Bremen